



Vorstellung der Ergebnisse aus dem SVR-Jahresgutachten 2021

Prof. Dr. Petra Bendel
Vorsitzende des SVR

Digitale Fachkonferenz zur Vorstellung des SVR-Jahresgutachtens 2021

„Normalfall Diversität? Wie Deutschland mit Vielfalt umgeht“

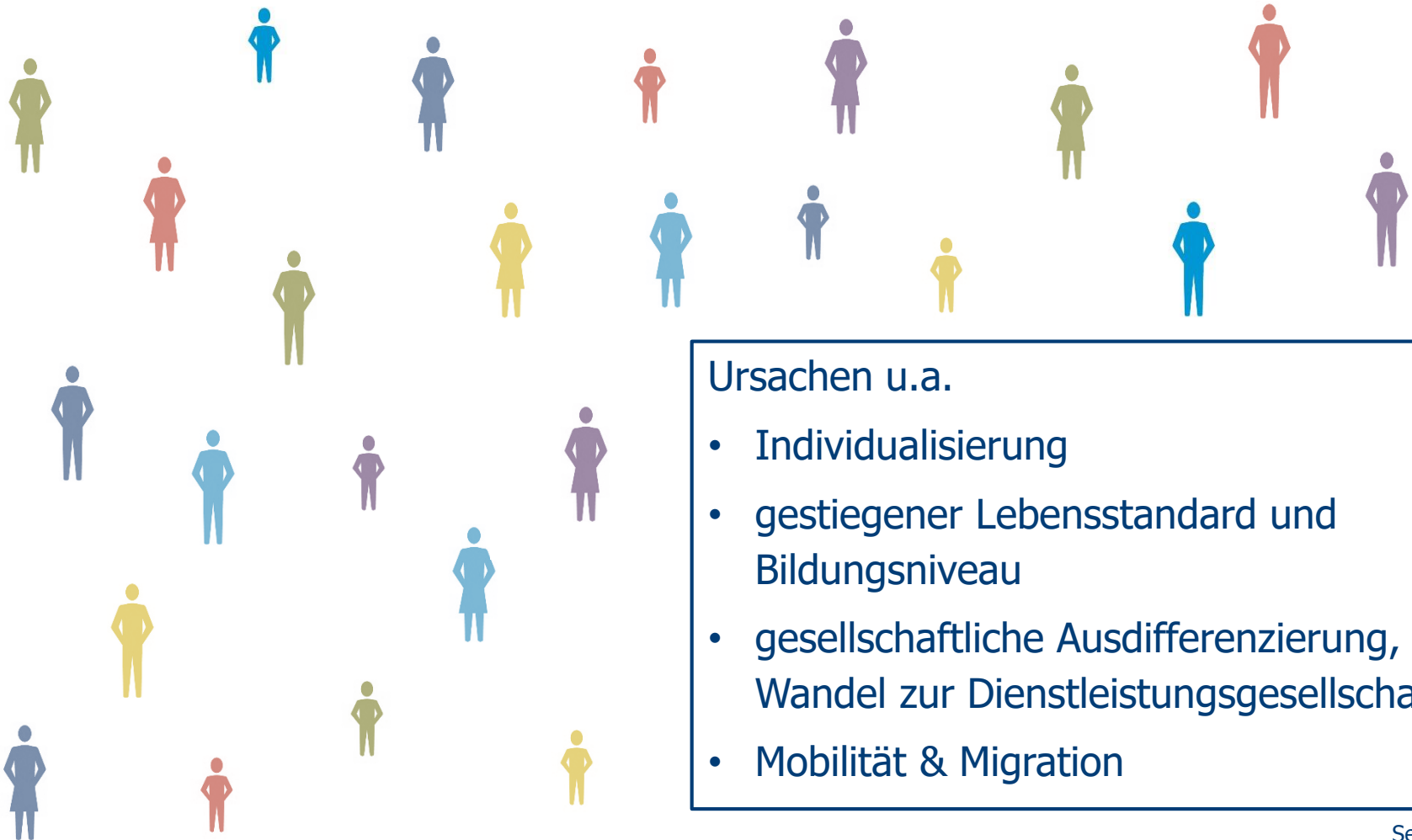
- 12. Gutachten des Sachverständigenrats seit 2010
- Dem interdisziplinär besetzten Rat gehören neun Professorinnen und Professoren an, die alle Kapitel des Jahresgutachtens im Konsens erarbeiten
- Vorstellung am 4. Mai 2021
- Kann kostenlos über www.svr-migration.de heruntergeladen oder als Printexemplar zugeschickt werden



v.l.n.r.: Prof. Dr. Viola B. Georgj, Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, Prof. Dr. Panu Poutvaara, Prof. Dr. Petra Bendel (Vorsitzende), Prof. Dr. Christian Joppke, Prof. Dr. Daniel Thym (Stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Birgit Leyendecker, Prof. Dr. Hans Vorländer.
Nicht auf dem Bild: Prof. Dr. Claudia Diehl.

Foto: SVR/Michael Setzpfandt

Die deutsche Gesellschaft wird immer vielfältiger. Migration ist dabei ein Faktor unter mehreren.

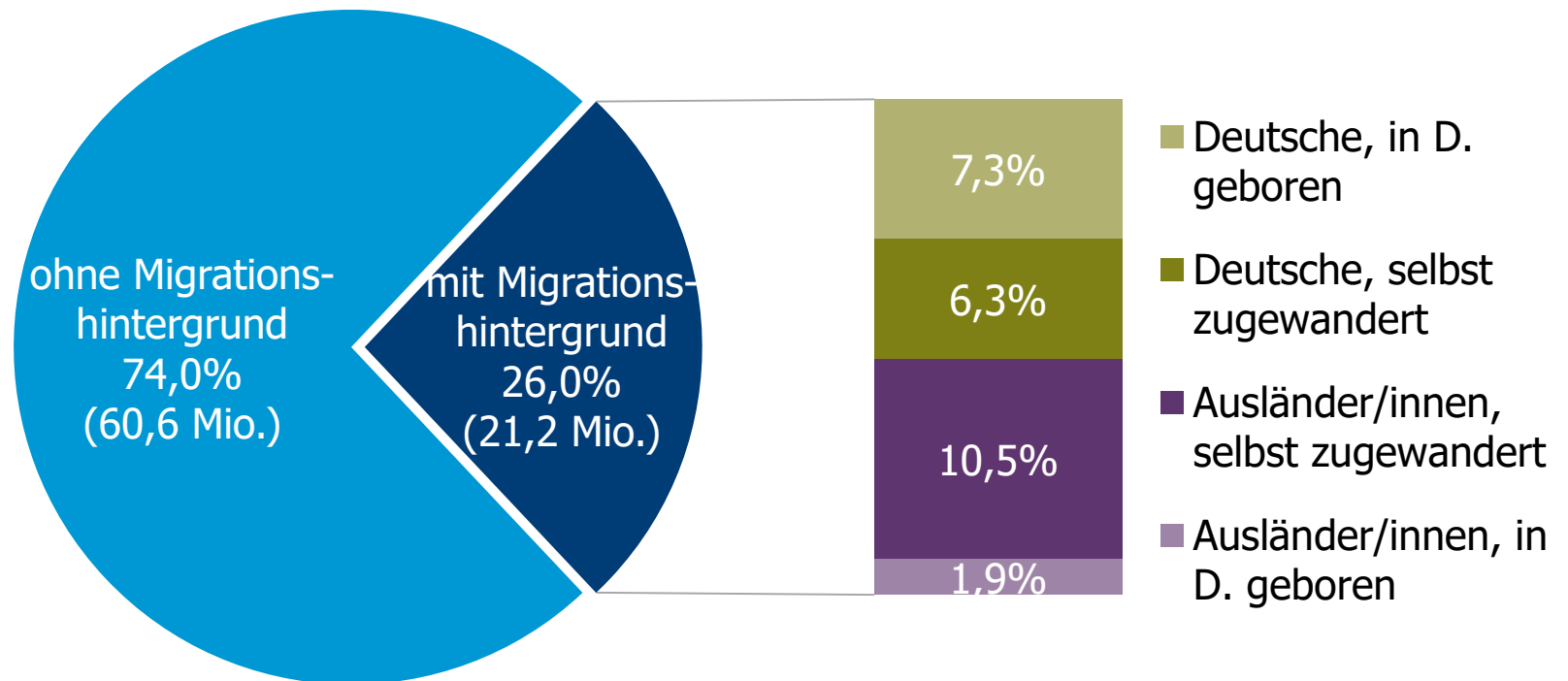


Ursachen u.a.

- Individualisierung
- gesteigener Lebensstandard und Bildungsniveau
- gesellschaftliche Ausdifferenzierung, Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft
- Mobilität & Migration

Rund jede bzw. jeder Vierte in Deutschland hat einen sog. Migrationshintergrund. Die Hälfte davon sind Deutsche, ein Drittel ist in Deutschland geboren.

Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit 2019



Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt

Menschen können sich auf unterschiedliche Art und Weise politisch engagieren. Das Wahlrecht ist Deutschen vorbehalten.

elektorale, konventionelle Partizipation

- Wählen und gewählt werden

Wer? **nur Deutsche** (Ausnahme: EU-Bürger kommunal)

- Engagement in Parteien

Wer? **auch Ausländerinnen und Ausländer**
(mit Einschränkungen)

nicht-elektorale, informelle Partizipation

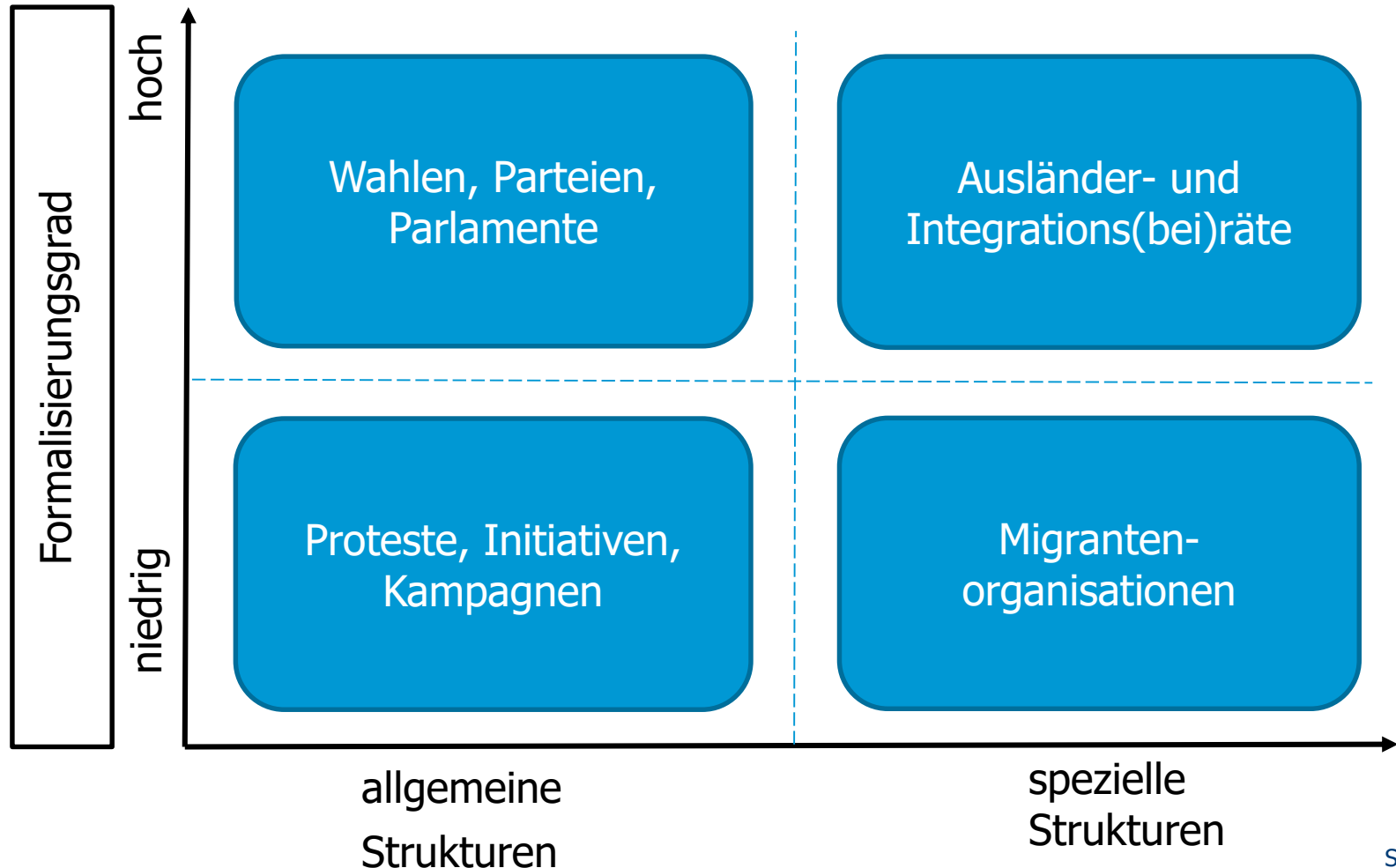
- Demonstrationen, Unterschriftensammlungen
- Engagement in Vereinen und Initiativen
- Kontaktieren von Politiker/innen

Wer? **alle**, unabhängig von Nationalität



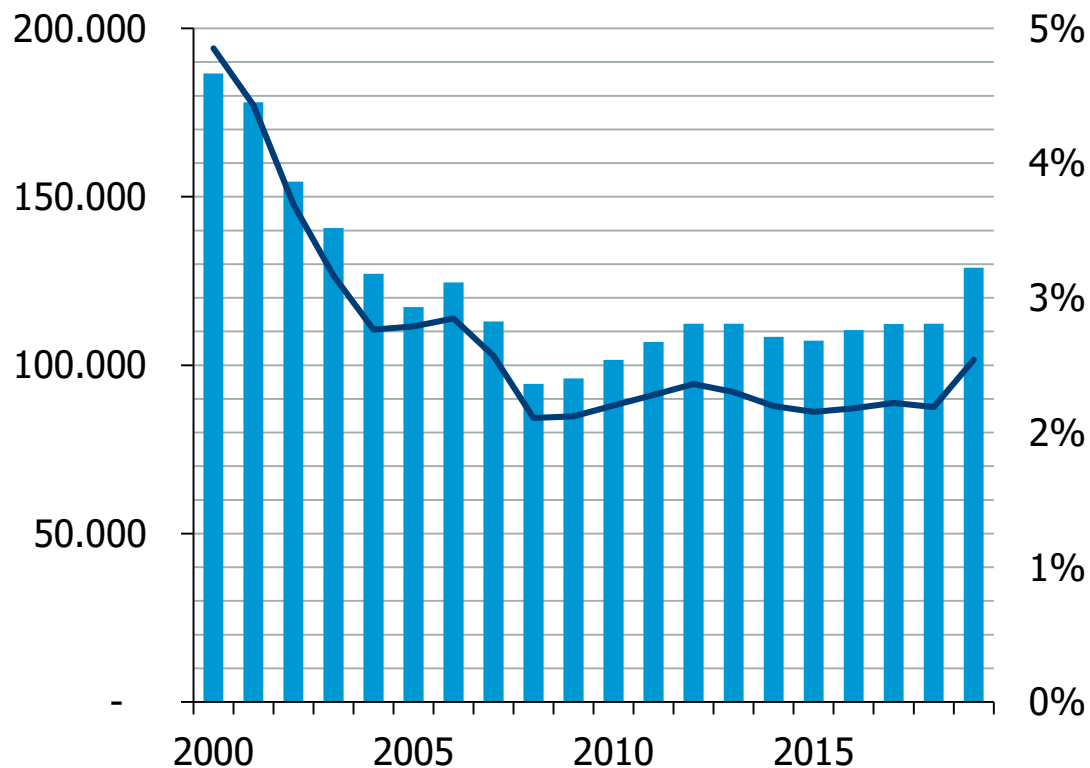
Viele Formen politischer Partizipation stehen allen offen. Für **volle politische Rechte** müssen Eingewanderte aber die **deutsche Staatsangehörigkeit** erwerben.

Neben den allgemeinen Formen politischen Engagements nutzen einige Zuwanderinnen und Zuwanderer auch spezielle Formen der Interessenvertretung.



Die Einbürgerungszahlen stagnieren in Deutschland seit Jahren. Nur ein Bruchteil der berechtigten Ausländerinnen und Ausländer lässt sich einbürgern.

Einbürgerungen und ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial 2000–2019



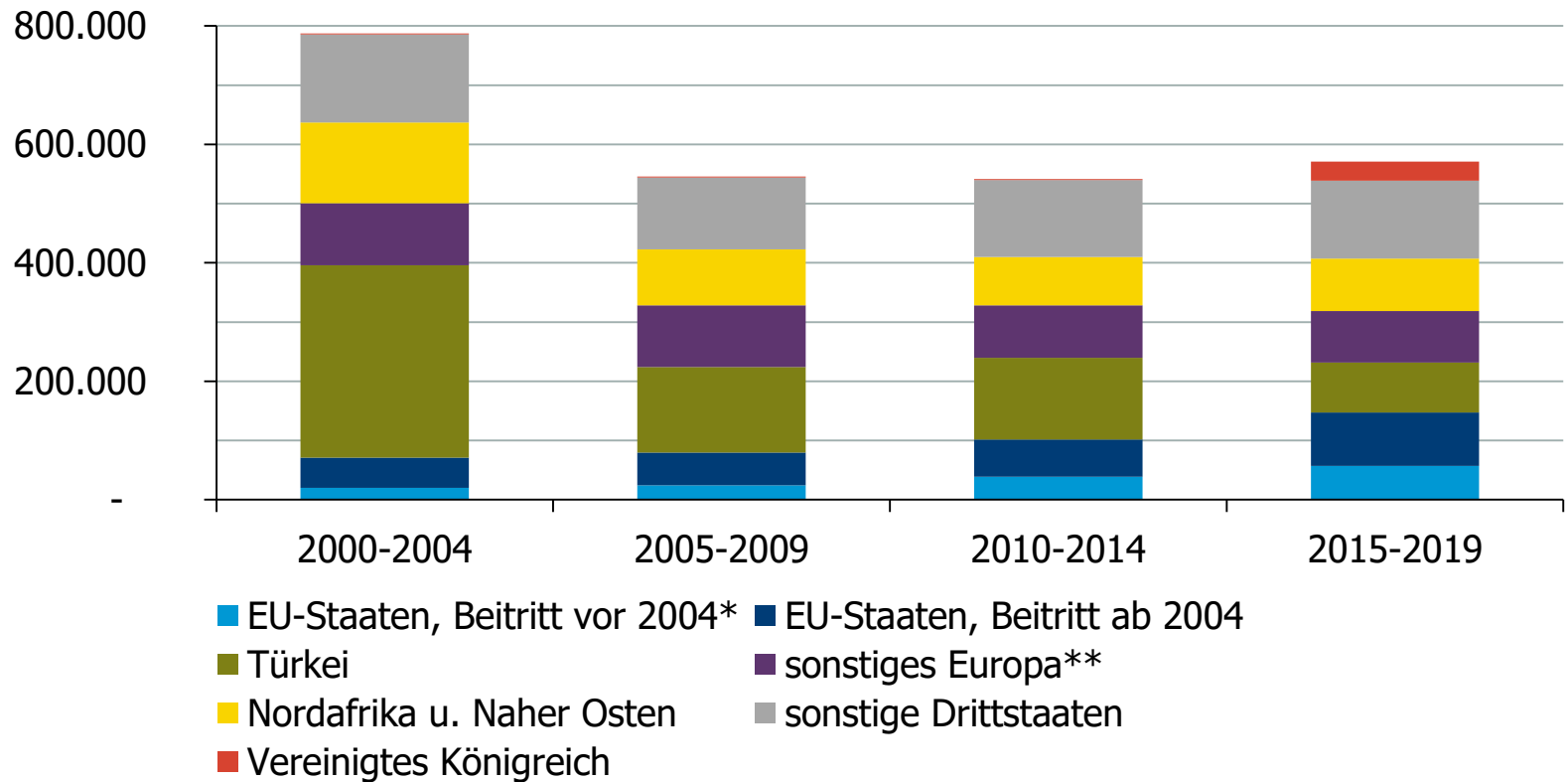
Quelle: Einbürgerungsstatistik, Statistisches Bundesamt

Voraussetzungen

- i.d.R. mind. 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland
- unbefristeter Aufenthaltsstatus
- Lebensunterhalt gesichert
- Einbürgerungstest
- Deutschkenntnisse
- straffrei
- Bekenntnis zur fdGO
- i.d.R. Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit

Der Anteil türkischer Staatsangehöriger an den Einbürgerungen ist seit 2000 gesunken. Zuletzt ließen sich mehr EU-Bürgerinnen und EU-Bürger einbürgern – und mehr Britinnen und Briten.

Einbürgerungen 2000–2019 nach vorheriger Staatsangehörigkeit

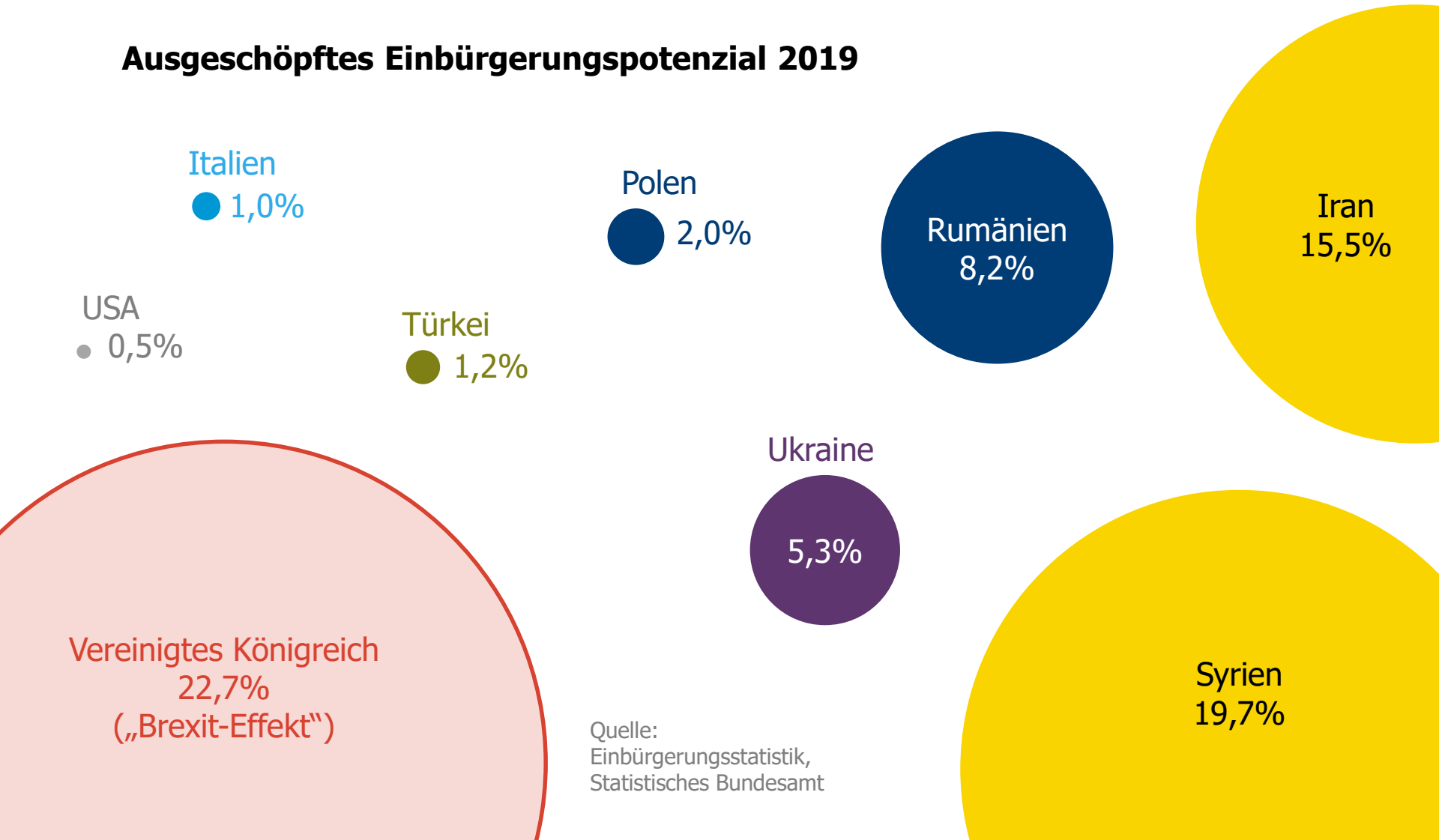


*ohne Vereinigtes Königreich; ** einschl. ehem. Jugoslawien (bis 2004).

Quelle: Einbürgerungsstatistik, Statistisches Bundesamt

Die Einbürgerungsraten einzelner Herkunftsländer unterscheiden sich deutlich. Besonders hoch sind sie tendenziell bei instabilen und ärmeren Staaten, besonders niedrig bei den alten EU-Staaten.

Ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial 2019

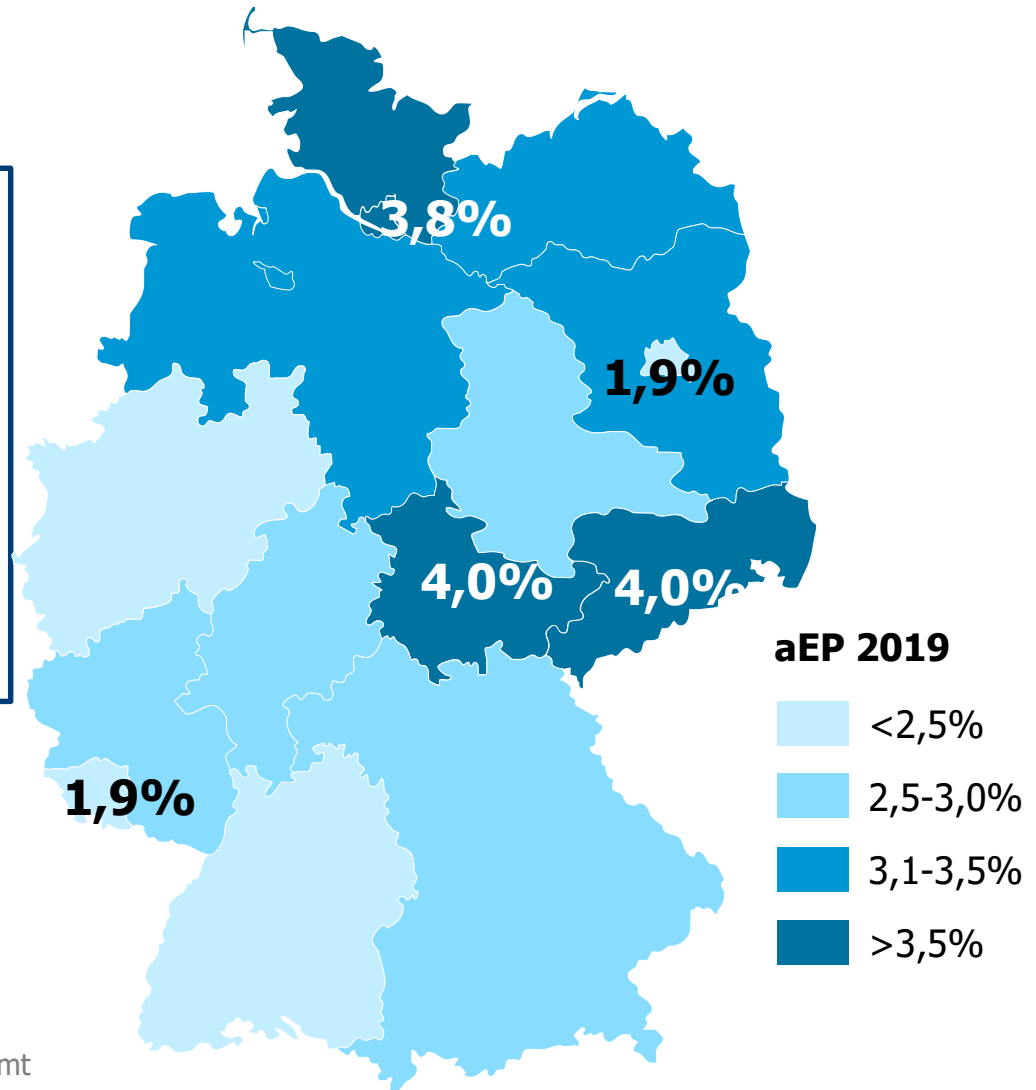


Quelle:
Einbürgerungsstatistik,
Statistisches Bundesamt

Auch zwischen den Bundesländern zeigen sich deutliche Unterschiede. Einige Länder konnten mit gezielten Kampagnen die Quote erhöhen.

Maßnahmen zur Steigerung der Einbürgerungsraten in den Ländern:

- Persönliche Anschreiben
- Informations- und Werbekampagnen
- Einbürgerungsfeiern



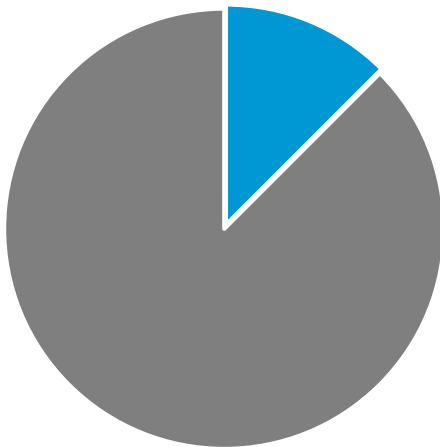
SVR-Empfehlungen zur Einbürgerung

- ✓ Werbe- und Informationskampagnen
- ✓ Einbürgerungsfeiern
- ✓ Vereinheitlichung und bürgerfreundliche Konkretisierung von Vorschriften und Verfahren
- ✓ Mehr Kooperationen der Einbürgerungsbehörden z.B. mit Hochschulen und Migrantenorganisationen
- ✓ „Turbo-Einbürgerung“ für besonders gut integrierte Zugewanderte bereits nach vier Jahren
- ✓ Doppelpass mit Generationenschnitt



Deutsche mit Migrationshintergrund stellen einen wachsenden Teil der Wahlberechtigten. Sie beteiligen sich aber etwas seltener an Wahlen als Deutsche ohne Zuwanderungsgeschichte.

Wahlberechtigte mit
Migrationshintergrund:
12,5% (2019)

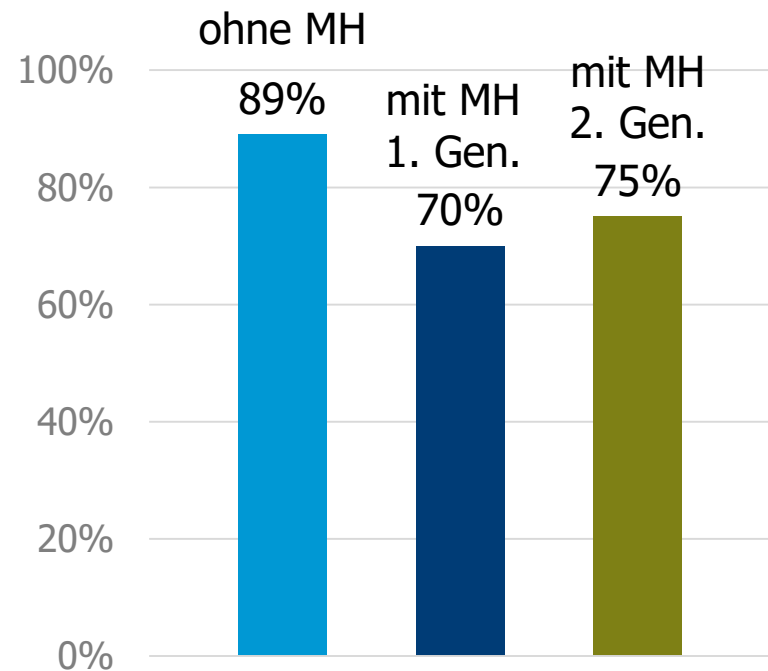


- ✓ Eingebürgerte
- ✓ Nachkommen von Eingebürgerten
- ✓ in Deutschland geborene Kinder (seit 2000)

Quelle: Mikrozensus 2019, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

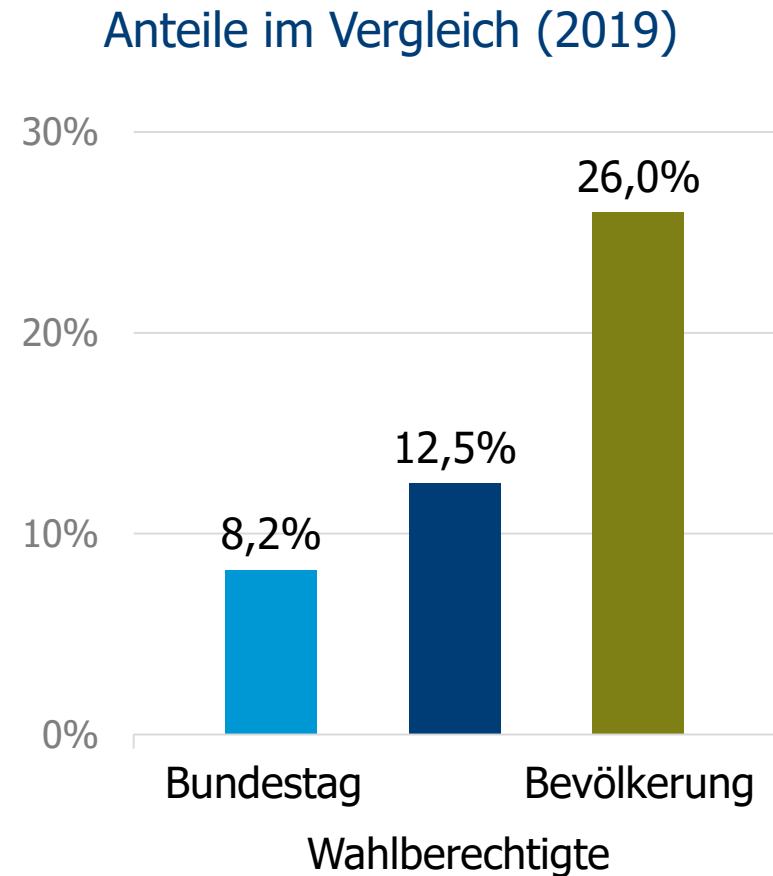
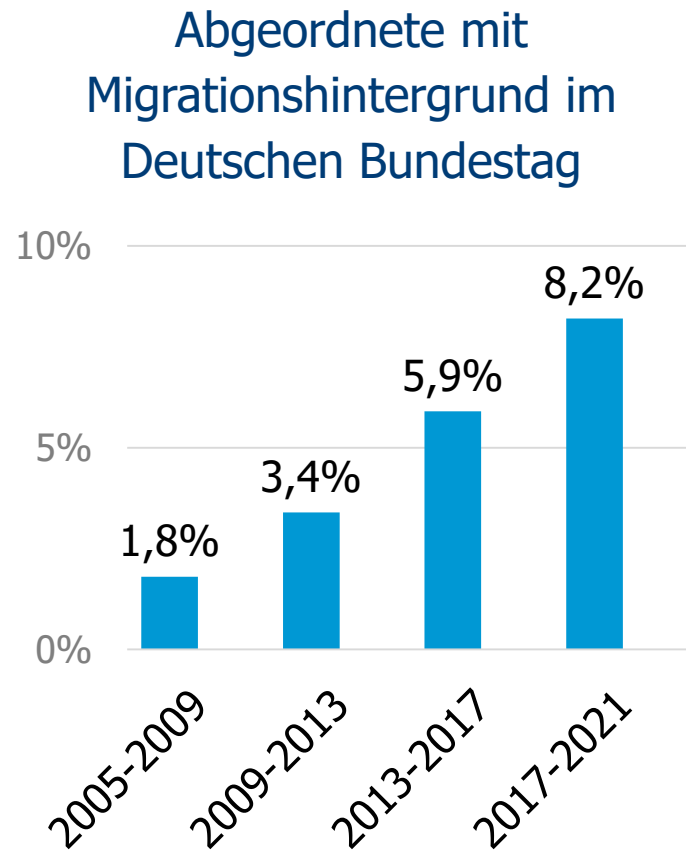


Teilnahme an der
Bundestagswahl 2017
(nach eigenen Angaben)



Quelle: European Social Survey 2018, eigene Berechnungen

Der Anteil von Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Parlamenten steigt. Verglichen mit ihrem Anteil an den Wahlberechtigten sind sie jedoch weiterhin unterrepräsentiert.

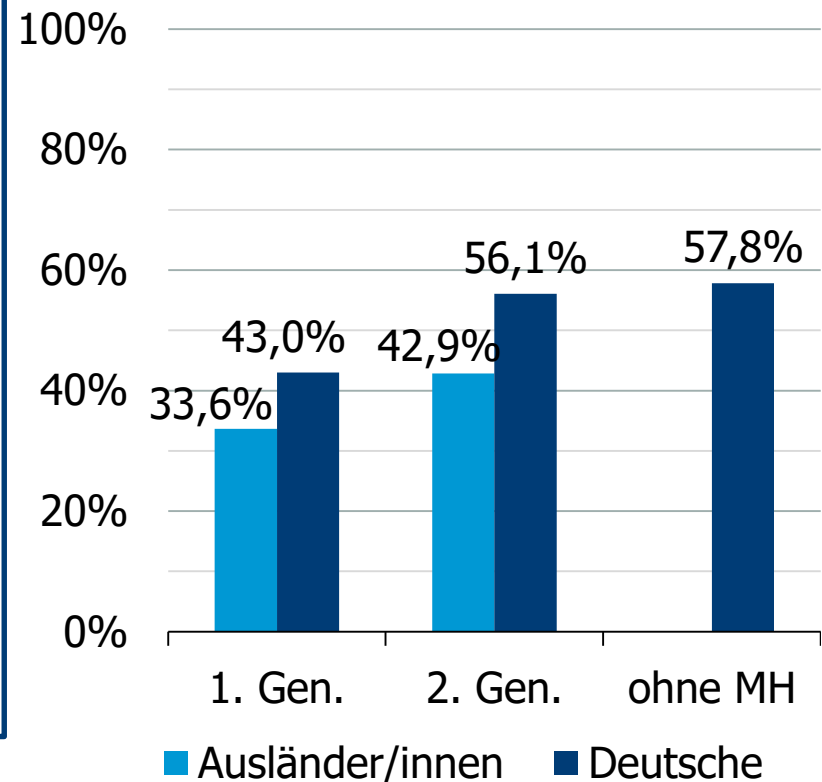


Durch informelle Partizipationsformen können Bürgerinnen und Bürger jenseits von Wahlen politische Prozesse beeinflussen. Diese Formen sind aber kein Ersatz für das Wahlrecht.

Informelle Partizipationsformen

- erfordern meist nicht die deutsche Staatsangehörigkeit
- können punktuell oder längerfristig angelegt sein
- werden von Wählerinnen und Wählern häufiger genutzt als von Nicht-Wählerinnen und -Wählern
- und von Eingewanderten mit deutscher Staatsangehörigkeit und ihren Nachkommen häufiger als von Ausländerinnen und Ausländern

Nutzung mindestens einer Partizipationsform in 12 Monaten 2016/18



Das kommunale Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer ist umstritten.

- Bei Kommunalwahlen gilt:
- EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mit Wohnsitz in Deutschland dürfen wählen und gewählt werden.
 - Staatsangehörige anderer Länder nicht.

Für die Ausweitung sprechen integrationspolitische Gründe:

- Möglichkeit politischer Beteiligung kann politisches Interesse und Identifikation steigern, erhöht mglw. Motivation für eine Einbürgerung
- Teilhabe am Gemeinwesen
- Gleichbehandlung aller Ausländerinnen und Ausländer



Dagegen gibt es v.a. juristische Bedenken:

- Wahlrecht ist grds. auf Deutsche beschränkt
- Erfordert eine Änderung des Grundgesetzes
- Politische Teilhabe ist durch die Einbürgerung möglich



SVR-Empfehlungen zur Verbesserung der politischen Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte



Gezielte Ansprache von Migrantinnen und Migranten als Wählerinnen und Wähler



Mehr Einwanderinnen und Einwanderer in Parteien und Parlamenten



Erhöhung der Einbürgerungsraten u.a. durch Informationskampagnen und bürgerfreundliche Verfahren



Kommunales Ausländerwahlrecht erwägen





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.